

Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft
Technologie | Vorstand
Umwelt

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 01 / 6. Februar 2007

(ersetzt Nr. 27/2006)

Kurz und bündig

Sechs Gründe für verteilungsgerechte Löhne

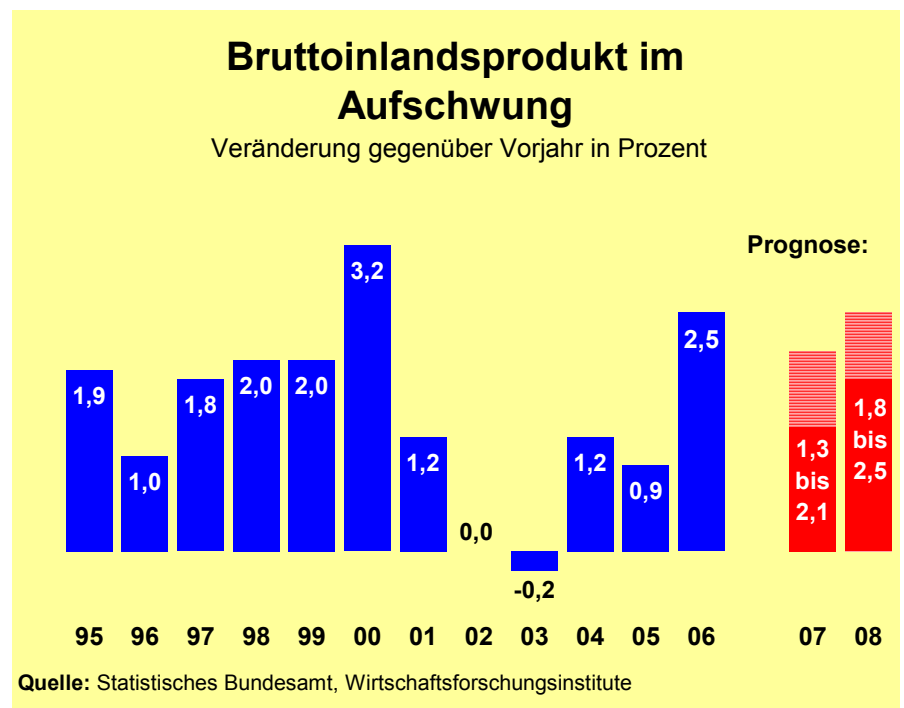
- Trotz guter Konjunktur: der private Konsum ist nach wie vor schwach. Wenn das Wachstum nachhaltig sein soll, **brauchen wir mehr Binnennachfrage**. Ohne höhere Löhne geht das dauerhaft nicht.
- **Wachstum braucht Verteilungsgerechtigkeit.** Die Lohnquote sinkt. Damit die verteilungspolitischen Ungleichgewichte nicht noch größer werden, müssen die Löhne mindestens so schnell wie Produktivität und Preise steigen.
- Die wirtschaftliche Situation in der **Metallindustrie ist deutlich besser** als in der Gesamtwirtschaft. Diese Entwicklung hat sich im Aufschwung noch verstärkt.
- Die **Metallindustrie** ist weiterhin international ausgesprochen wettbewerbsstark.
- **Lohnerhöhungen sind von der Metallindustrie finanzierbar.** Die Lohnstückkosten sind in den letzten Jahren gefallen, die Produktivität steigt kräftig. Dementsprechend sind die Gewinne stark gestiegen.
- **Die Tarifparteien haben eine Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Frieden.** Allerdings kann die Lohnpolitik allein die binnenwirtschaftlichen Probleme nicht lösen. **Vor allem die Mehrwertsteuererhöhung bremst das Wachstum** 2007 ab. Kräftige Beschäftigungseffekte bleiben deshalb aus. Die geringen öffentlichen Investitionen schwächen die Binnennachfrage und gefährden langfristig die Standortqualität.

Autor: Ulrich Eckelmann, unter Mitarbeit von Wilfried Kurtzke, Kai Burmeister und Christian Hoßbach

Tarifrunde 2007 in der Metallindustrie: Sozialökonomische Rahmenbedingungen

Die Bundesrepublik erlebt wieder einen Wirtschaftsaufschwung mit einem realen Wachstum über zwei Prozent. Im Umfeld einer boomenden Weltkonjunktur werden bei den Exportüberschüssen neue Rekorde erzielt. Parallel dazu hat es eine Wende bei den Investitionen gegeben. Ein erheblicher Ersatzbedarf sorgt für kräftige Wachstumsraten bei den Ausrüstungen. Die Bundesregierung gefährdet mit der Mehrwertsteuererhöhung die wirtschaftlichen Erfolge. Trotz der dadurch verursachten Wachstumsdelle ist der Aufschwung robust genug, um auch in diesem Jahr ein deutliches Wachstum zu ermöglichen. Dazu müssen die Löhne die Konsumnachfrage stützen, die bisher der Schwachpunkt der Konjunktur sind.

In der Metall- und Elektroindustrie ist die aktuelle Stimmung hervorragend. In vielen Unternehmen der Branche sind die Auftragsbücher prall gefüllt. Oftmals wird am Rand der Kapazitätsgrenze produziert. Besonders wegen der kräftig steigenden Auslandsnachfrage ist die Produktion 2006 um knapp acht Prozent gestiegen. Diese gute Entwicklung wird sich 2007 fast unvermindert fortsetzen. Noch nie wurden so viele Waren durch die Metallindustrie hergestellt! Da der Exportanteil extrem hoch ist, trifft die Metallverarbeitung die Mehrwertsteuererhöhung kaum. Die Investitionsgüterindustrie profitiert zudem von der steigenden Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen.

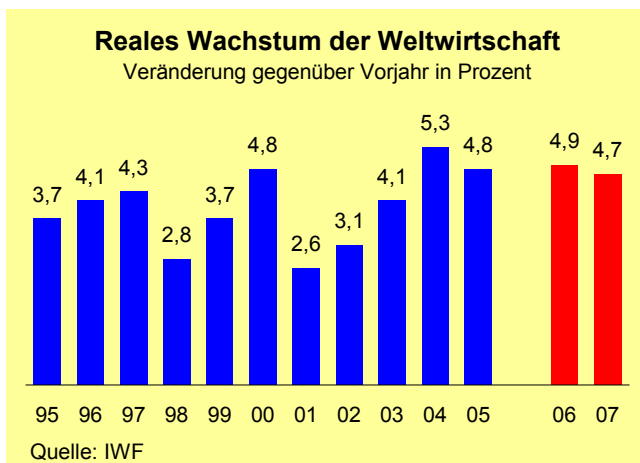


1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1 Wachstum und Wachstumserwartungen

Weltkonjunktur im Wachstumsboom

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind gerade für eine stark auf den Export orientierte Ökonomie wie Deutschland nur im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu beurteilen. Die Weltwirtschaft hat sich, nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahre 2001, schnell wieder erholt. Schätzungsweise um real 4,9 Prozent hat die Produktion von Gütern und Dienstleistungen im Jahr 2006 zugelegt. Für 2007 wird eine Fortsetzung des Booms erwartet.



USA, Japan, China und Lateinamerika

Grundlage des weltweiten Booms ist die dynamische Wirtschaftsentwicklung in vielen Regionen der Erde. Nach wie vor ausgesprochen stabil ist das Wachstum in den **USA**. Im Jahr 2005 expandierte die US-Wirtschaft real um 3,2 Prozent, 2006 wird ein Zuwachs von 3,5 Prozent erwartet. Wachstumsmotor ist dabei der private Konsum. **Japan** scheint seine langjährige Deflationskrise überwunden zu haben. Im Jahr 2005 stieg das reale BIP um 2,6 Prozent. 2006 soll die japanische Volkswirtschaft um 2,7 Prozent anwachsen. Die **chinesische Wirtschaft** ist weiterhin die am stärksten expandierende große Volkswirtschaft. Sowohl 2005 als auch 2006 nahm die Wirtschaftsleistung real um zehn Prozent zu. **Lateinamerika** wächst mit rund vier Prozent pro Jahr, und **Russland** befindet sich mit jährlich rund sechs Prozent ebenfalls auf einem stabilen Wachstumspfad.

Trotz der bestehenden Risiken hat sich die Weltkonjunktur in den letzten Jahren als außerordentlich robust erwiesen. Vor diesem Hintergrund erwartet das ifo-Institut für 2006 und 2007 ein kräftiges weltweites Wachstum von knapp unter fünf Prozent. Auch wenn diese Prognose die aktuellen Risiken eher unterzeichnet, so erwartet die deutsche Exportindustrie doch weiterhin kräftig wachsende Märkte. Selbst unter pessimis-

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

Trotz eines robusten und nachhaltigen Wachstums gibt es für die wirtschaftliche Entwicklung auch drei Risikofaktoren:

- **Ölpreise**
Ein Risikofaktor sind die Ölpreise. Im Jahr 2005 waren sie kräftig gestiegen, ohne die wirtschaftliche Dynamik der Weltökonomie zu beeinträchtigen. Ursache war nicht nur die Verknappung (wachsender Energiebedarf bei kaum steigender Förderung), sondern auch eine spekulative Übertreibung. Im Gefolge des Krieges im Nahen Osten stiegen die Ölpreise im Laufe des Jahres 2006 auf neue Rekordmarken. Im September gaben sie kräftig nach und sanken um 20 Prozent. Die Annahme von auf hohem Niveau stagnierenden Preisen für 2007 ist derzeit plausibel.
- **Geldpolitik**
Ein zweiter Risikofaktor ist die Geldpolitik. Bereits im Jahre 2004 begann die US-amerikanische Notenbank Fed mit der stufenweisen Erhöhung ihrer Leitzinsen. Obwohl weltweit vor allem die Rohölpreise für eine erhöhte Inflationsrate sorgten und keine nachhaltigen Tendenzen für einen Preisauftrieb auszumachen sind, haben auch die Europäische Zentralbank und die Japanische Notenbank die Leitzinsen angehoben.
- **Ungleichgewichte**
Ein dritter Risikofaktor sind die erheblichen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft. Die USA als größte Volkswirtschaft weisen ein enormes Handels- und Leistungsbilanzdefizit auf, das durch Kapitalströme aus der übrigen Welt - vor allem aus asiatischen Ländern - finanziert wird. Bisher ist das nicht zum Problem geworden. Sollte es zu einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in den USA kommen, besteht die Gefahr, dass die USA für Anleger an Attraktivität verliert. Das Defizit könnte dann nicht mehr finanziert werden und der Dollar käme unter enormen Abwertungsdruck. Das könnte zu kräftigen Turbulenzen in der Weltwirtschaft führen.

tischen Annahmen dürfte das weltweite Wachstum mindestens drei Prozent betragen.

Europa

Wachsende Märkte finden deutsche Exporteure inzwischen auch in Europa vor. War die gesamte EU im Jahr 2005 mit einem realen Wachstum von 1,7 Prozent (der Euro-Raum legte nur um 1,4% zu) noch vom weltweiten Wachstumstrend abgekoppelt, so erholte sich die Konjunktur 2006 ausgesprochen kräftig. Die Wachstumspole in Europa sind dabei weiterhin die osteuropäischen Länder, die skandinavischen Staaten, Spanien und Irland. Vor allem die neuen Mitgliedsländer und Irland haben sich sehr dynamisch entwickelt.

Es spricht alles dafür, dass ein solider zyklischer Aufschwung eingesetzt hat, der sich trotz der weltwirtschaftlichen Risiken fortsetzen wird. Die EU-Kommission hat ihre Prognosen mehrfach erhöht. Für 2006 wird sich ein Wachstum in der EU von 2,8 Prozent und im Euro-Raum von 2,6 Prozent einstellen. Im Jahr 2007 sollen es 2,4 Prozent in der EU und 2,1 Prozent im Euroraum werden.

Die europaweite Konjunktur wird auch geprägt von der Entwicklung in Deutschland. Deutschland erstellt als größte Ökonomie immerhin ein Fünftel der EU-Wirtschaftsleistung. Europa war in den letzten Jahren vom Boom der Weltwirtschaft ausgeschlossen. Innerhalb von Europa war wiederum Deutschland fast immer das Schlusslicht. Noch 2005 hat Deutschland mit einem Wachstum von real knapp einem Prozent den europäischen Durchschnitt nach unten gezogen. Lediglich Italien und Portugal hatten eine noch schwächere wirtschaftliche Dynamik.

1.2 Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2006 und 2007

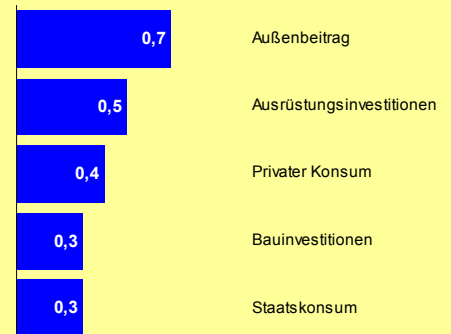
Deutsche Konjunktur: Ende der Stagnation

Im Jahre 2006 hat sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland grundlegend verändert. Bereits im Jahr zuvor begannen einige Frühindikatoren nach oben zu drehen. **Insgesamt nahm die Wirtschaftsleistung um 2,5 Prozent zu.** Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass wir uns am Anfang eines zyklischen konjunkturellen Aufschwungs befinden und die im Herbst 2000 einsetzende Krisenperiode überwunden ist. Die Konjunkturschätzung, die die IG Metall schon im Herbst 2005 vertreten hat, wird damit bestätigt.

In den Jahren der Stagnation war die deutsche Wirtschaft eine gespaltene Ökonomie: Das Wachstum wurde von der Exportwirtschaft getragen, während die Binnennachfrage teilweise sogar zurückging.

- Die **Exporte** spielten auch 2006 eine große Rolle für die bundesdeutsche Konjunktur. Sie zogen kräftig an, ein Zeichen der immer noch zunehmenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Im Zuge der wirtschaftlichen Konsolidierung nahmen zwar auch die Importe zu, aber real in etwas geringerem Umfang. **Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels belief sich 2006 auf 0,7 Prozentpunkte.**
- Die **Binnennachfrage** bekommt endlich mehr Gewicht für das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Sie erbrachte im letzten Jahr einen Beitrag von 1,7 Prozentpunkten.
- Vor allem die **Ausrüstungsinvestitionen** entwickelten sich deutlich aufwärts. Sie trugen mit einem Beitrag von 0,5 Prozentpunkten am meisten zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung bei.
- Die **Bauinvestitionen** trugen mit 0,3 Prozentpunkten zwar nur wenig zum Wachstum bei, doch ihre jahrelange Talfahrt ist damit gestoppt. Vor allem die private Baunachfrage war kräftig gestiegen, was im wesentlichen aber auf einmalige Effekte (Auslaufen der Förderung) zurückgeführt werden kann. Die öffentlichen Bauinvestitionen bleiben schwach.
- Bei den privaten **Konsumausgaben** gab es eine gespaltene Entwicklung. Die Arbeitnehmereinkom-

Wachstumsbeiträge des Jahres 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt

Schwacher Konsum hat Ursachen

- Die Konsumlaune vieler Arbeitnehmer leidet unter der schwachen Lohnentwicklung. In vielen Wirtschaftszweigen ist die tarifliche Lohnentwicklung für das Jahr 2007 bereits vorbestimmt. Nach der Gemeinschaftsdiagnose der Institute (Herbst 2006) werden die Bruttolöhne und Gehälter lediglich um 1,2 Prozent steigen, die Nettolöhne und Gehälter sogar nur um 0,2 Prozent. Und wenn die zu erwartende Preiserhöhung von bis zu zwei Prozent abgezogen wird, sinken die realen Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte.
- Weniger Geld in der Tasche haben Arbeitslose und Rentner. Belastend für den Konsum wirken neben den schlechten Einkommensperspektiven die hohe Arbeitslosigkeit und der anhaltende Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen. Auch neu entstehende sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind häufig Leiharbeitsverhältnisse, die schlechter bezahlt werden. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Verlust einer gesicherten Anstellung unterlassen viele Verbraucher notwendige Anschaffungen.

men konnten nur wenig zur Konsumnachfrage beitragen. Sowohl die Brutto- als auch die für den Konsum wichtigeren Nettolohneinkommen waren real gesunken. Die leicht ansteigenden Konsumausgaben wurden vor allem aus dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gespeist, die schon seit Jahren kräftig steigen und 2006 noch einmal um 6,9 Prozent zunahm. Wegen vorgezogener Käufe im Zusammenhang mit der Mehrwertsteueranhebung waren die privaten Konsumausgaben in der zweiten Jahreshälfte 2006 kräftiger angestiegen. Im Ergebnis beziffert sich der Wachstumsbeitrag des Privaten Konsums auf 0,4 Prozentpunkte.

- Die **öffentliche Hand** trägt kaum zum Wachstum bei. Die Finanzpolitik setzt nach wie vor auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Zwar wurden bei diesem Ziel wegen der besseren Konjunktur **2006** sichtbare Erfolge erzielt, doch wurde als Folgeschaden die Nachfrage kaum gestützt. Der Wachstumsbeitrag lag bei 0,3 Prozentpunkten.



Marktliberale Strukturreformen bremsen Wachstumstempo

Die Regierung hofft, mit neoliberalen Strukturreformen (Deregulierung, Privatisierung, Rückzug des Staates) die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken. Doch auch auf diesem Feld hat die Große Koalition bisher noch keine einschneidenden politischen Vorhaben umsetzen können. Von einschlägigen Lobbyorganisationen und ihrer Presse wird schon von der Untätigkeit der Regierung gesprochen. In der Logik dieser Ideologie hätte es den Aufschwung in 2006 daher gar nicht geben dürfen.

2007 treten mit dem Steueränderungsgesetz Maßnahmen in Kraft, die die Verteilungssituation massiv zu Ungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschieben: Streichung der Eigenheimzulage, Versteuerung von Abfindungen, Kürzungen beim Kindergeld, Kürzungen bei der Pendlerpauschale, Halbierung des Sparerfreibetrages und Einschränkungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit des Arbeitszimmers.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer um jeweils drei Prozentpunkte seit Anfang 2007 verschärft diesen Kurs. Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte fängt den Kaufkraftverlust nicht annähernd auf. Da der Staat die Mittel nicht für öffentliche Investitionen (die eher noch weiter zu sinken drohen) oder zusätzliche öffentliche Beschäftigung (beispielsweise für Forschung und Entwicklung) verwenden, sondern für einen brutalen Sanierungskurs nutzen will, wird das Geld dem Wirtschaftskreislauf weitgehend entzogen.

Der negative Wachstumsbeitrag der fiskalischen und finanzpolitischen Maßnahmen insgesamt liegt nach Schätzung des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei 28,5 Milliarden Euro oder 1,2 Prozent des BIP.

Geldpolitik steht auf der Bremse

Ein konjunkturelles Risiko ist die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Sie hat seit dem Dezember 2005 in sechs Schritten den Leitzins von zwei Prozent auf 3,5 Prozent angehoben und damit die Geldpolitik erheblich gestrafft. Dabei lag die Inflationsrate im Euro-Raum, trotz der kräftigen Ölpreisssteigerungen, nur leicht über der Zielinflationsrate.

Derzeit verträgt die Konjunktur das höhere Zinsniveau noch gut. Die entscheidende Frage ist, ob die EZB diese Politik auch 2007 fortsetzt. Ein noch höherer Zinssatz könnte schnell die Investitionskonjunktur bremsen. Zudem droht eine größere Zinsdifferenz zu den USA. Damit käme der Euro unter erheblichen Aufwertungsdruck. Für die weiterhin stark exportorientierte deutsche Wirtschaft würde das eine starke Belastung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit bedeuten, zumindest für Exporte außerhalb der Euro-Zone.

Die Perspektiven für 2007

In der Prognose für das Jahr 2007 gibt es weltwirtschaftliche, geld- und finanzpolitische Unwägbarkeiten. Klar ist, dass es ohne negative äußere Einflüsse zu einem kräftigen Wachstum gekommen wäre. Der Aufschwung würde sich voll entwickeln und noch deutlich größere Wachstumsraten als 2006 produzieren.

Wirkungskette von Zinserhöhungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt am Main ist für die Geldversorgung im Euroraum verantwortlich. Dabei sieht sie sich ausschließlich der Geldwertstabilität verantwortlich. Konjunktur und Beschäftigung spielen in ihrer Geldpolitik keine Rolle.

Angehoben wurde der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Das sind faktisch die Kosten, mit denen das Geschäftsbankensystem sich refinanziert, also mit Liquidität versorgen kann. Steigende Zinsen verteuern die Geldversorgung, die Geldmenge wird tendenziell verknappt.

Bei einem funktionierenden Markt geben die Geschäftsbanken die steigenden bzw. sinkenden Refinanzierungskosten an ihre Kunden weiter, wodurch die Geldpolitik auf die reale Warenökonomie einwirkt.

Höhere Zinsen bremsen die wirtschaftlichen Aktivitäten auf mehreren Ebenen:

- Die Fremdfinanzierung von Investitionen verteuert sich.
- Der Euro wird als Anlagewährung attraktiver. Mit der verstärkten Nachfrage steigt der Wechselkurs.
- Geldanlagen werden rentabler, was eine höhere Sparquote fördert.

Doch der Steuerschock ist eine Realität, dadurch wird besonders die private Konsumnachfrage einen kräftigen Dämpfer erhalten. Die Frage ist, wie weit dies auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durchschlägt. Dazu kommt: Die Sparpolitik in der Krise wirkt sehr restriktiv auf die Konjunktur. Die öffentlichen Investitionen sind mit einem Anteil von nur noch 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf einem tiefen Stand. Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen (vor allem die Hartz-Reformen auf dem Arbeitsmarkt) haben die Nachfrage weiter geschwächt.

Die Institute weichen bei der Konjunkturprognose für 2007 erheblich voneinander ab. **Fast alle Institute haben aber ihre Prognosen unter dem Eindruck der sich sehr dynamisch entwickelnden Konjunktur auch aktuell weiter erhöht.** Lagen ihre Vorhersagen im Herbst 2006 noch zwischen 0,8 und 1,7 Prozent, so liegt die Spanne inzwischen bei 1,3 bis 2,1 Prozent. **Erste Prognosen für 2008 gehen zudem von einem länger dauernden Aufschwung aus.** Fürs nächste Jahr wird ein Wachstum bis zu 2,5 Prozent erwartet.

Prognosen der Institute für 2007

	ifo	DIW	IMK	IfW	IWH	RWI
Reales Wachstum in Prozent	1,9	1,7	1,3	2,1	1,4	1,9

Prognosen der Institute für 2008

	ifo	DIW	IMK	IfW	IWH	RWI
Reales Wachstum in Prozent		2,5		1,8		



Die Triebkräfte des Konjunkturverlaufs

Immer wieder, vornehmlich in langen Aufschwungphasen, wird in der wissenschaftlichen Debatte über ein Ende des Konjunkturzyklus spekuliert. Dessen ungeachtet zeigt die empirische Realität weiterhin ein stabiles Zyklenverhalten von Volkswirtschaften. Für die Beurteilung der weiteren Wirtschaftsaussichten ist ein Blick auf den Verlauf von Konjunkturzyklen hilfreich. Im Herbst des Jahres 2000 sorgte das Platzen der New-Economy-Blase für einen weltweiten wirtschaftlichen Abschwung. Die Ereignisse im September 2001 (Anschlag auf das World Trade Center) haben zusätzliche Verunsicherungen gebracht.

Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Krisenzyklus, der sich in einer Stagnationsperiode mit geringen Wachstumsraten ausdrückt. Drei bis fünf Jahre sind ein normaler Zeitraum für einen Zyklus. Es entspricht also einem gewöhnlichen Verlauf, dass der untere Wendepunkt inzwischen hinter uns liegt und wir uns wieder in einer Aufschwungphase befinden

Was hat den neuen Wachstumsschub bewirkt? Die Investitionen sind der stabilisierende Faktor im Konjunkturverlauf. Im Abschwung verschärft die nachlassende Investitionstätigkeit die Krise. Doch irgendwann gibt es einen wachsenden Nachholbedarf (wenn auch zunächst nur bei Rationalisierungsinvestitionen) der zur konjunkturellen Wende mindestens beiträgt. Das rasch zunehmende Investitionsvolumen stabilisiert dann den Aufschwung und macht ihn relativ robust.

Das ist grundsätzlich auch im aktuellen Zyklus so. Zwar ist das absolute Niveau der Ausrüstungsinvestitionen (2005 waren es mit 153,9 Mrd. Euro so viel wie zu Beginn der neunziger Jahre, 2000 wurden schon einmal 177 Milliarden Euro in Ausrüstungen investiert) immer noch gering und auch ein Einfluss der verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten ist in der Entwicklung nicht erkennbar, doch das kräftige relative Wachstum ist typisch für den Anfang einer Boomphase.

aufwärts gerichteten Trend bei den Ausrüstungsinvestitionen. Die IG Metall erwartet deshalb einen Wachstumsbeitrag der Ausrüstungsinvestitionen von 0,4 Prozentpunkten.

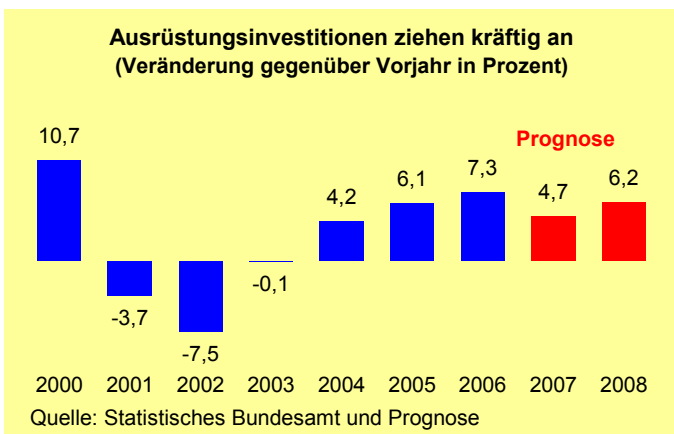
Investitionspläne der Unternehmen

	Saldo	höher	gleich	geringer
Anteil der Unternehmen in Prozent				
Frühjahr 05	-11	19	51	30
Herbst 05	-6	21	52	27
Februar 06	3	25	53	22
Frühjahr 06	7	27	53	20
Herbst 06	7	26	55	19

Quelle: DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2006

- **2007** wird der Wachstumsbeitrag der **privaten Konsumausgaben** (nur 0,1 Prozentpunkte) schwächer ausfallen, da die Verbraucher nicht weiter entsparen werden. Zwar erwartet das IMK für 2007 einen etwas stärkeren Anstieg der Arbeitnehmereinkommen um 1,3 Prozent, das reicht aber nicht für einen kräftigen Schub beim Konsum. Die Lohnerhöhungen müssen 2007 die Konjunktur stützen, nur dann wird der Aufschwung nachhaltig werden und ist ein positiver Wachstumsbeitrag möglich.
- Bei den **Bauinvestitionen** ist mit einem Rückgang der privaten Wohnungsbauten zu rechnen. Dagegen werden der Wirtschaftsbau und die Bauinvestitionen der Kommunen leicht ansteigen. Die IG Metall geht von einem Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten aus.
- Der **öffentliche Konsum** wird von der staatlichen Sparpolitik bestimmt. Er wird auch im nächsten Jahr mit einem Wachstumsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten.
- Die **Exporte** werden weiter kräftig steigen. Dagegen werden die Importe wegen der schwachen Konsumnachfrage und dem gesunkenen Ölpreis sich deutlich verhaltener entwickeln. Das spricht für einen stärker steigenden Außenbeitrag. Die IG Metall prognostiziert für 2007 einen Wachstumsbeitrag von 0,9 Prozentpunkten.

Unter der Bedingung, dass es neben dem Steuerschock nicht auch noch eine schwache Lohnentwicklung gibt, **erwartet die IG Metall eine Fortsetzung des Wachstums mit etwa 1,8 Prozent.**



- Die privaten Investitionen haben wieder angezogen. Seit 2004 wird wieder vermehrt in **Ausrüstungen investiert**. Der wachsende Wiederbeschaffungsbedarf führt zu mehr Investitionen. Das noch geringe absolute Niveau der Investitionen und die Investitionspläne der Unternehmen deuten auf einen weiter

1.3 Preise

Bei der Entwicklung der Verbraucherpreise gibt es für 2007 zwei Unsicherheitsfaktoren: die weitere Entwicklung bei den Energie- und Rohstoffpreisen und der Einfluss der administrierten Preise.

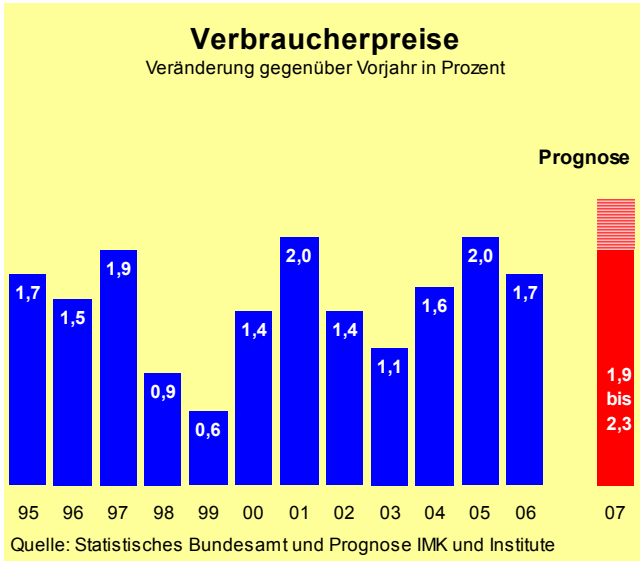


Aus dem wirtschaftlichen Prozess heraus sind keine verstärkten Inflationsgefahren zu erwarten. Die Lohnstückkosten werden nicht steigen, die Konjunktur ist von Überhitzungserscheinungen noch weit entfernt und der Wettbewerbsdruck für die Unternehmen bleibt groß. Dementsprechend bleibt die sogenannte Kerninflationsrate deutlich unter einem Prozent. Wir stehen immer noch eher vor dem Problem der Deflation als vor einem beschleunigten Preisauftrieb. Auch der Ölpreis, der in der Vergangenheit den Anstieg der Verbraucherpreise bestimmt hat, wird in 2007 kaum einen Beitrag zur Inflationsrate liefern.

Bleibt der Staat als Ursache für den Anstieg der Verbraucherpreise. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungsteuer bedeutet bei einer völligen Überwälzung auf die Preise einen Preisanstieg von 1,35 Prozent. Abgeschwächt wird dieser Effekt durch vorweggenommene Preisanpassungen und nicht vollständige Überwälzungen. Ein Preiseffekt von etwa einem Prozentpunkt ist somit wahrscheinlich.

Bei einer niedrigen Kerninflationsrate, einer Preisberuhigung bei Energie und nur moderat steigenden Rohstoffpreisen halten wir eine leicht zunehmende Inflationsrate **von etwas über zwei Prozent (+2,3 %)** für 2007 als wahrscheinlich.

Waren im letzten und in diesem Jahr vor allem die Energiepreise für den Preisanstieg verantwortlich, werden es im nächsten Jahr die Steuererhöhungen sein.



1.4 Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Produktivität

Die Arbeitsmarktentwicklung ist das zentrale ökonomische Problem in Deutschland. Über Jahrzehnte hat die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. Auch die sogenannten „Hartz-Reformen“ haben daran nichts ändern können. Im Winter 2005 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auf über fünf Millionen an.

Ölpreise als Unsicherheitsfaktor

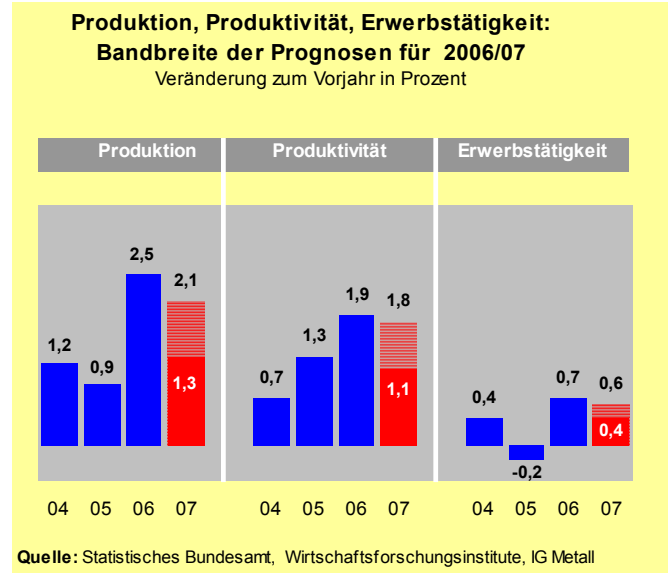
Die Ölpreise sind in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Ein erheblicher Teil der Preissteigerungen war darauf zurück zu führen, während die wirtschaftlich bedingte Kerninflationsrate weiter niedrig war. Die kräftig wachsende Weltwirtschaft braucht Energie, die Vorkommen sind jedoch endlich. Die Zeiten billigen Öls sind endgültig vorbei.

Trotzdem war der Anstieg immer auch spekulativ überhöht. Politische Unsicherheiten wie der Israel/Libanon-Krieg oder die Krise um den Iran, Unwetter in Ölfördergebieten oder das Spekulieren von Hedge Fonds auf steigende Preise haben die Ölkosten getrieben. Zur Zeit ist eine Gegentendenz zu beobachten: zwischen Juli und September ist der Ölpreis um zwanzig Prozent gefallen. Die Inflationsrate lag im September annualisiert bei nur noch einem Prozent.

Für 2007 ist eine Stagnation des Ölpreises auf hohem Niveau (ca. 60 \$ pro Barrel) wahrscheinlich. Damit würde der Ölpreis keinen Beitrag zur Inflationsrate mehr liefern.

Preisprognosen der Institute für 2007

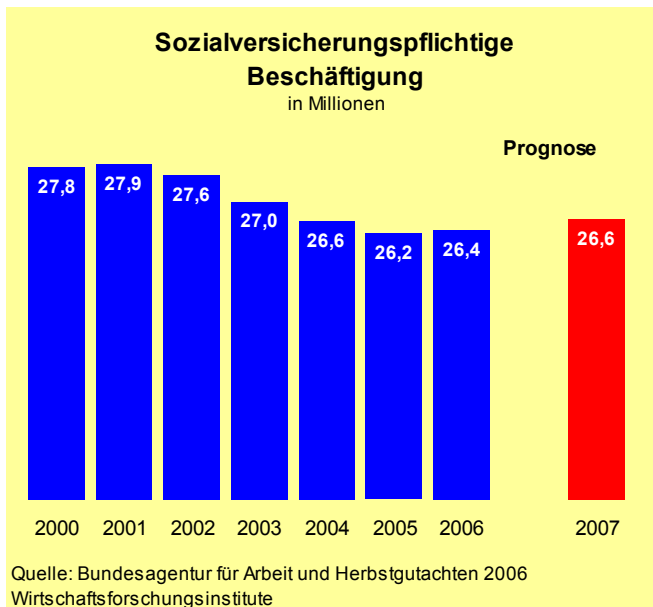
	ifo	DIW	IMK	IfW	IWH	RWI
Verbraucherpreise						
Veränderung in Prozent	2,3	2,2	1,9	2,2	2,2	2,2



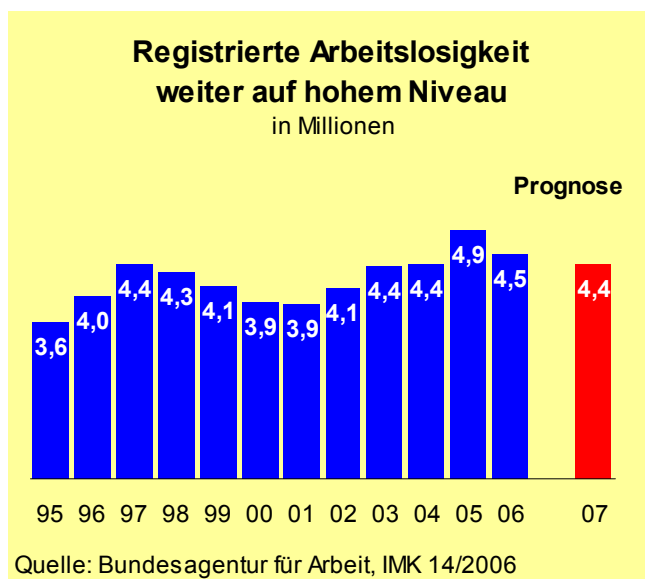
Im letzten Jahr ist das Arbeitsvolumen erstmals seit Jahren auf Grund des vergleichsweise kräftigen Wachstums wieder gestiegen. Der Aufschwung findet einen positiven Niederschlag auf dem Arbeitsmarkt. Die Argumentation der IG Metall, nur durch wirtschaftliches Wachstum kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden, wird durch die aktuelle Entwicklung bestätigt. Allerdings reicht das Wachstum noch nicht aus, denn die Arbeitsproduktivität hat ebenfalls kräftig zugenommen. Der Anstieg des Arbeitsvolumens war deshalb 2006 mit 0,6 Prozent relativ klein. Für eine kräftige Be-

lebung auf dem Arbeitsmarkt reicht der beginnende Aufschwung noch längst nicht aus.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2006 um 0,7 Prozent auf 38,99 Millionen zugenommen. Erstmals seit 2001 war auch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer leicht gestiegen (0,6 Prozent). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich nach ersten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ebenfalls um 0,7 Prozent erhöht.



Beim Angebot von Arbeitskräften gibt es derzeit kaum Veränderungen. Das Erwerbspersonenpotential liegt stabil bei ca. 44,5 Millionen Personen. Doch trotz einer nur leicht gestiegenen Nachfrage nach Arbeit und einem stabilen Angebot von Arbeitskräften sinkt die Arbeitslosigkeit spürbar. Im Jahr 2006 waren etwa 374.000 Personen oder 7,7 Prozent weniger arbeitslos registriert als 2005. Damit waren noch 4,5 Millionen Menschen arbeitslos.



Prekarisierung der Beschäftigung

Ein Problem ist die Struktur der Beschäftigung: die Prekarisierung der Arbeit geht unvermindert weiter! Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat im Juni 2006 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 0,5 Prozent zugelegt. Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hat im Juni dagegen um 6,3% zugenommen, die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten noch um 4,4 Prozent.

Auch die „klassische Teilzeitbeschäftigung“ ist weiter gestiegen, so dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten insgesamt weiter kräftig zunimmt. Die Teilzeitquote lag 2005 bei 32,4 Prozent, sie wird nach der Prognose des IAB auf 32,9 Prozent 2006 ansteigen. Noch 1998 lag sie erst bei 24,7 Prozent.

Die unerwartet kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes ist allerdings nur ein statistisches Phänomen. Im Gegensatz zu 2005 hat nach der Einschätzung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) 2006 die Zahl der Arbeitslosen in der Stillen Reserve wieder kräftig zugenommen. Die gesamte Beschäftigungslücke hat sich nach dieser Einschätzung nur leicht von 6,33 Millionen auf 6,2 Millionen Personen verringert.

Damit schlägt die nur leichte Verbesserung bei Beschäftigung und Arbeitsvolumen überproportional auf den Arbeitsmarkt durch. Die Entlastungswirkungen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen lagen dabei auf dem gleichen Niveau wie im 2005.

Mehrwertsteuererhöhung verhindert Beschäftigungsaufbau

Für 2007 lässt sich keine positivere Entwicklung für Beschäftigung und Arbeitsmarkt prognostizieren. Bei der Wachstumsprognose der IG Metall von 1,8 Prozent fällt die Zunahme bei der Arbeitsnachfrage nicht größer aus als in 2006. Bei der zu erwartenden gleichzeitigen kräftigen Zunahme der Arbeitsproduktivität verringert sich 2007 das Arbeitsvolumen leicht. Durch eine geringere Zahl an Arbeitstagen, einen weiteren Trend zur Teilzeitarbeit und einer im Konjunkturverlauf zu erwartenden Umwandlung von Überstunden in Einstellungen kommt es trotzdem zu einer leichten Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um etwa 0,3 Prozent.

Da die Zahl der Selbständigen wegen veränderter Förderkonditionen nicht mehr zunimmt, findet die Mehrbeschäftigung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern statt. Zusätzliche Entlastungswirkungen durch einen verstärkten Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik sind für 2007 nicht zu erwarten.

Ohne eine Abkehr von den im Januar 2007 in Kraft getretenen Steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen ist ein Abbau der Beschäftigungslücke nicht denkbar. Ein spürbarer Aufschwung wurde aus arbeitsmarktpolitischer Sicht vertan. Die Prognosen der Institute, die auch für 2007 noch einen kräftigen Zuwachs an Beschäftigung (Steigerung der Erwerbstätigkeit um 0,6%) und einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit prognostizieren, sind zu optimistisch.

**Produktivität wächst um 1,8 Prozent**

Die Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde sind eindeutig zu pessimistisch ausgefallen. **2006** konnte die Produktivität um 1,9 Prozent gesteigert werden. Im langfristigen Trend seit 1995 liegt der Produktivitätszuwachs bei durchschnittlich 1,8 Prozent im Jahr.

Die Produktivitätsentwicklung hängt vor allem von zwei Faktoren ab: den Rationalisierungsinvestitionen und der Auslastung der Kapazitäten. Die Investitionspläne der Unternehmen deuten darauf hin, dass der Investitionsboom auch im nächsten Jahr noch anhalten wird. Die Institute sehen den Produktivitätszuwachs bei lediglich 1,5 Prozent. Dies entspricht dem Anstieg im Jahr 2002, als es kein Wachstum gab, die Ausrüstungsinvestitionen kräftig schrumpften und die Kapazitäten deutlich schlechter als heute ausgelastet waren. Eine Situation, die keinerlei Parallelen zu der erwarteten Lage in diesem Jahr aufweist.

Die IG Metall geht davon aus, dass bei einem hohen Investitionsniveau, einer nur leichten Wachstumsdelle und damit einer weiter hohen Kapazitätsauslastung sich die Produktivität mit ihrem langjährigen Durchschnittswert von 1,8 Prozent entwickeln wird.

2. Metallwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Vom guten weltwirtschaftlichen Umfeld sowie vom erfreulich positiven Konjunkturverlauf in Deutschland profitiert besonders die Metall- und Elektroindustrie.

Die Metallindustrie ist sowohl wichtige Schlüsselindustrie als auch der Schrittmacher der industriellen Entwicklung. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass in der Metallindustrie 55 Prozent des Industrieumsatzes erzielt werden und 58 Prozent der Industriebeschäftigten tätig sind. Das industrielle Wachstum der letzten Jahre wurde vorwiegend von der Metallindustrie getragen.

Die industriellen Indikatoren Auftragseingang, Produktion und Umsatz zeigen, 2006 war ein Rekordjahr für die heimische Metallindustrie. Die konjunkturellen Frühindikatoren zeigen, dass die Metallindustrie 2007 ihren Höhenflug fortsetzen wird. Die Investitionsbedingungen sind weiterhin gut, weltwirtschaftlich und auch im Inland – trotz der Mehrwertsteuererhöhung und des dadurch noch schwächelnden privaten Konsums.

2.1 Metallproduktion und Produktions-erwartungen

Aufträge

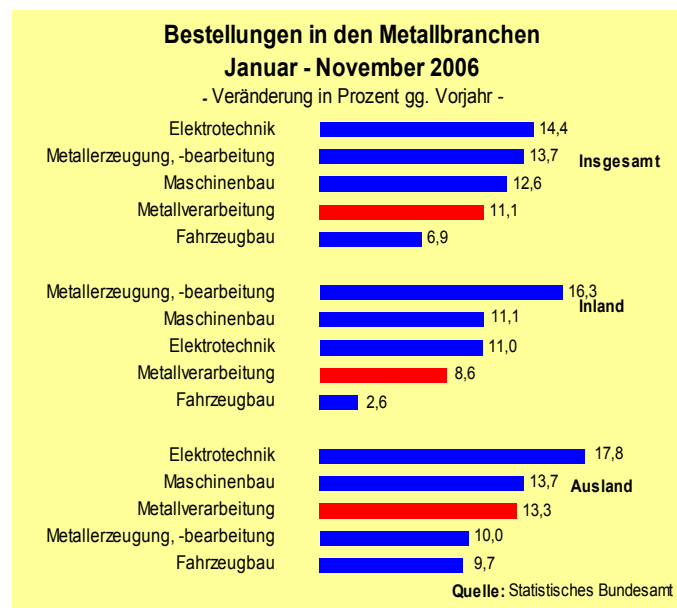
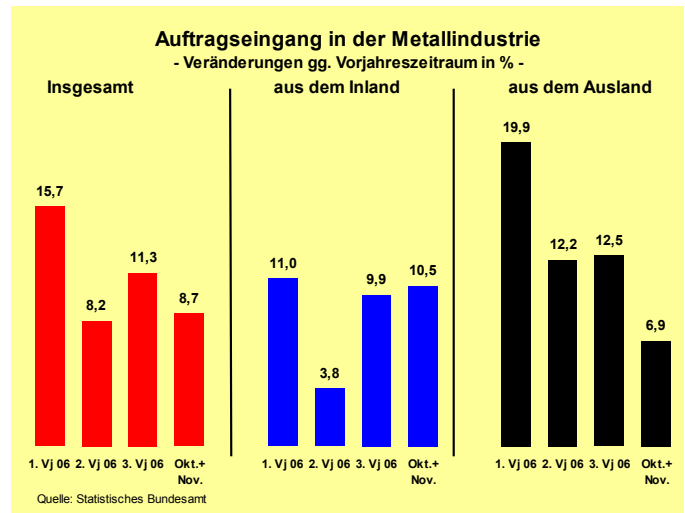
In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 sind die Bestellungen in den metallverarbeitenden Unternehmen kräftig angestiegen. Das gilt nicht nur für die Auslandsaufträge. Auch die Inlandsaufträge zogen kräftig an.

Im Einzelnen ergibt sich für das Jahr 2006 folgendes Bild:

- Die Bestellungen aus dem Ausland sind um gut 13 Prozent gestiegen (+13,3%).
- Die Inlandsbestellungen sind um knapp neun Prozent gewachsen (+8,6%).
- Insgesamt lag das Bestellvolumen um 11 Prozent (11,1%) über dem Vorjahresniveau.

Die sehr gute Lage spiegelt sich auch in den einzelnen Branchen der Metallindustrie wider. Durchweg profitieren alle Branchen vom florierenden Auslandsgeschäft. Besonders starke Zuwächse konnten die Elektrotechnik sowie die Metallerzeugung und –bearbeitung erzielen. Der Fahrzeugbau erhält seine Impulse überwiegend aus dem Ausland. Die Inlandsorder legten bisher nur um knapp drei Prozent zu, trotz der Vorzieheffekte in 2006 durch die Mehrwertsteuererhöhung in 2007. Der Maschinenbau hingegen erhält nahezu gleichgewichtig hohe Bestellungen aus dem In- und Ausland.

Der hohe Auftragsbestand deutet für die nähere Zukunft auf eine sehr hohe Auslastung und entsprechend gute Geschäfte hin.



Geschäftsklima auf Rekordstand

Das Geschäftsklima in der Metallindustrie, ein zusammengesetzter Indikator aus aktueller Lagebeurteilung und Zukunftserwartungen, hat sich seit Sommer 2005 kontinuierlich verbessert. Im Jahresverlauf 2006 ist der Index weiter angestiegen. Die vom ifo-Institut befragten Metallunternehmen beurteilen die Geschäftslage sowie die Produktions- und Exporterwartungen so gut wie nie zuvor.

Geschäftslage kontinuierlich besser

Die aktuelle Lage wird von den Unternehmen sehr positiv eingeschätzt. Vor einem Jahr beurteilten 29 Prozent der vom ifo-Institut befragten Metallunternehmen die aktuelle Geschäftslage als gut, aber rund 12 Prozent als schlecht. In den darauf folgenden Monaten verbesserten sich die Lageeinschätzungen Zug um Zug. Im Dezember 2006 bezeichnete die Hälfte der Unternehmen die Geschäftslage als gut, aber nur sechs Prozent als schlecht. Im Januar 2007, trotz des erwarteten Mehrwertsteuerschocks, hat sich daran nichts geändert.

Einschätzung der Geschäftslage in der Metallverarbeitenden Industrie				
	Saldo	gut	unverändert	schlecht
Anteil der Betriebe in Prozent				
Jan. 06	16,3	28,6	59,1	12,3
April 06	29,8	38,5	52,8	8,7
Juli 06	32,5	39,6	53,2	7,2
Okt. 06	38,6	44,0	50,5	5,5
Nov. 06	39,6	47,6	44,3	8,0
Dez. 06	48,2	54,6	39,0	6,4
Jan. 07	44,4	50,4	43,4	5,9

Bemerkung: Rundungsdifferenzen sind Ursache für Abweichungen zwischen Summe der Anteile und 100. **Quelle:** ifo

Produktionserwartungen

Die Unternehmen blicken optimistisch in das Jahr 2007. Ähnlich wie zu Beginn des Jahres 2007 gehen derzeit 24 Prozent der Metallunternehmen davon aus, dass die Produktion in Zukunft zunimmt. Etwa 71 Prozent sind zufrieden und nur 5 Prozent schätzen die künftige Geschäftslage als unbefriedigend ein. Im Jahresverlauf 2006 gab es noch Unsicherheiten über die künftige Entwicklung. Das hatte etwas mit den weltwirtschaftlichen Risiken (Öl, Mehrwertsteuererhöhung, unsichere Finanzmärkte) zu tun. Nun ist das Vertrauen in eine positive Entwicklung wieder gestiegen.

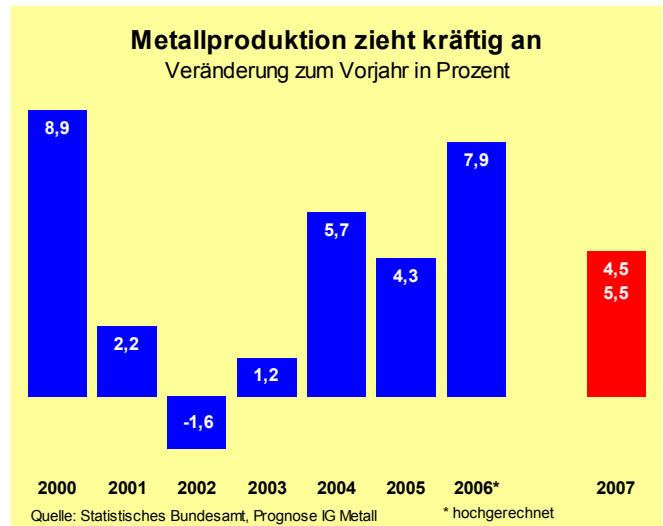
Exportserwartungen

Vor allem was das Auslandsgeschäft betrifft, haben die Metallunternehmen ungebrochen positive Erwartungen. 28 Prozent der Unternehmen gehen derzeit von besseren Exportbedingungen aus. Weitere 65 Prozent erwarten, dass sich das gute Exportgeschäft auf gleichem Niveau halten wird. Und nur vier Prozent erwarten in den nächsten Monaten eine Abkühlung.



Produktion

Die Metallproduktion läuft besser, als es die Arbeitgeber bei den letzten Tarifverhandlungen prophezeit haben. Industrieverbände wie Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierten zu Jahresbeginn einen Anstieg der Produktion zwischen 4,5 Prozent und 5,5 Prozent.



Tatsächlich läuft alles noch viel besser. In den ersten 11 Monaten des Jahres 2006 legte die Produktion um acht Prozent zu. Bis jetzt deutet alles darauf hin, dass auch 2007 ein gutes Jahr für die Metallproduktion werden wird.

Produktionsprognose Metall 2007

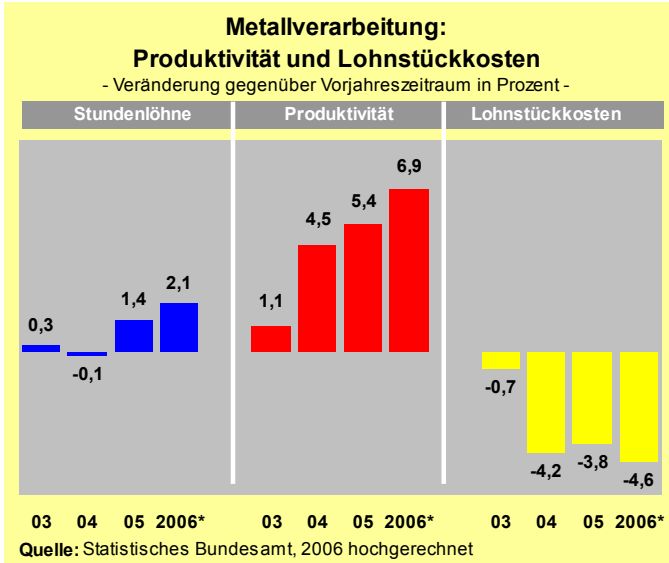
Die Prognosen für das Jahr 2007 bewegen sich in einem Spektrum zwischen drei und acht Prozent. Wie in den Vorjahren schätzten die Wirtschaftverbände bei der DIW-Industrietagung die künftige Entwicklung pessimistisch ein. Sie rechnen mit einem Zuwachs von drei Prozent, wobei die einzelnen Branchenmeldungen bis zu zehn Prozent streuen. Die wichtigsten Einschätzungen:

- Maschinenbau: 3,0 Prozent
- Autoindustrie: 1,0 Prozent
- Sonstiger Fahrzeugbau : 3,5 Prozent
- Metallerzeugnisse: 2,5 Prozent
- Elektrobranchen: 4,0 Prozent
- Büromaschinen, ADV: 10,0 Prozent

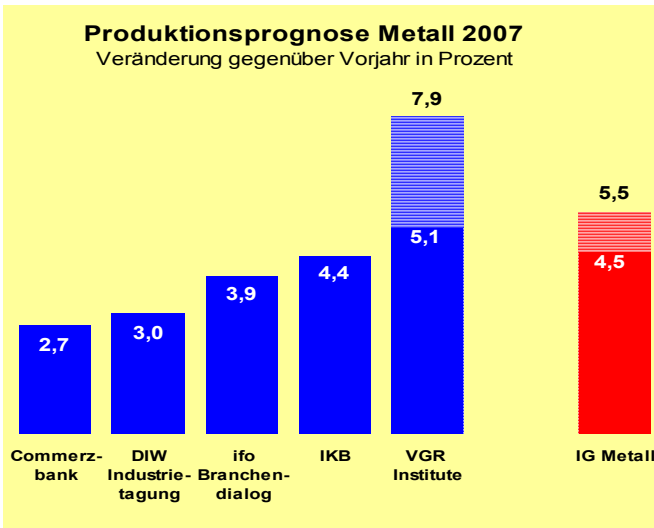
Insbesondere die Automobilindustrie drückt den Durchschnitt nach unten, wobei festzustellen ist, dass sich der Automobilverband VDA überhaupt nicht an der Debatte während der DIW-Industrietagung beteiligte.

Auffällig ist, dass die verbandsbezogenen Debatten im wesentlichen die weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen makroökonomischen Einflüsse nicht berücksichtigen. Denn die von allen Wirtschaftsforschungsinstituten prognostizierte Entwicklung der Ausfuhr und der Investitionen im Zusammenhang mit der Prognose des Wachstums 2007 lassen auf eine dynamischere Entwicklung der Metallindustrie schließen. Entsprechend optimistischer schätzt sowohl das ifo

Institut (ifo-Branchendialog:+3,9%) als auch die Industriegreditbank (+4,4%) das metallwirtschaftliche Wachstum ein.

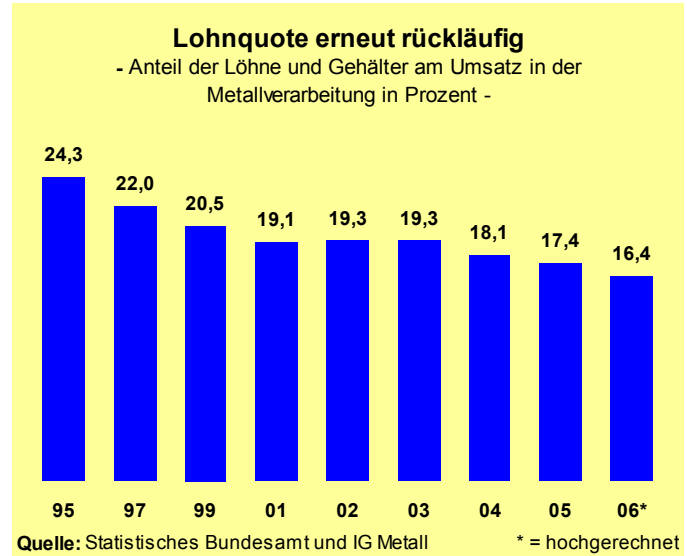


Auch wenn Aussagen über die Produktionsentwicklung der Metallindustrie für das Jahr 2007 noch mit Unsicherheiten belastet sind, zeichnet sich dennoch ab, dass die Metallindustrie robust weiter wachsen wird. Dies lässt sich aus den gesamtwirtschaftlichen nach oben korrigierten Wachstumskomponenten Privater Verbrauch, Ausrüstungsinvestitionen und Exporte ablesen. Nach diesen Prognosen dürfte die Metallproduktion in 2007 um bis zu acht Prozent zulegen. Die IG Metall geht von einem Produktionszuwachs von gut 5 Prozent aus.



2.2 Kosten und Preise

Die Metallunternehmen profitieren insgesamt von einer günstigen Kostenentwicklung. Wesentlich für die Ertragslage der Unternehmen ist dabei die Entwicklung der Lohnstückkosten sowie die der Verkaufspreise.



Lohnquote und Lohnstückkosten im Sinkflug

Ein erster Hinweis für eine günstige Ertragsentwicklung ergibt sich aus der Lohnquote. Der langjährige Trend einer fallenden Lohnquote setzte sich auch im Jahr 2006 weiter fort. Mitte der 1990er Jahre machten Löhne und Gehälter rund ein Viertel des Umsatzes aus. Nachdem im letzten Jahr mit 17,4 Prozent ein neuer Tiefstand erreicht wurde, ist jetzt schon sicher, dass der Lohnanteil am Umsatz in diesem Jahr erneut um etwa einen Prozentpunkt auf 16,4 Prozent fallen wird.

Die Lohnquote sinkt auch deshalb, weil die Metallunternehmen immer mehr auf vorgefertigte Produkte zugreifen. Die Fertigungstiefe sinkt. Den größten Anteil an immer niedrigeren Lohnkosten hat jedoch die Produktivität der Metallbeschäftigten. Sie ist im Jahr 2006 um sieben Prozent angestiegen und damit deutlich stärker als die Löhne.

Lohnstückkosten sinken um vier Prozent

Die Entwicklung der Lohnstückkosten (Lohnanteil am realen Produktionsvolumen) zeigt, ob die Lohnkosten im Verhältnis zur Produktion wachsen oder sinken. Sinkende Lohnstückkosten verbessern die Ertragslage der Metallunternehmen.

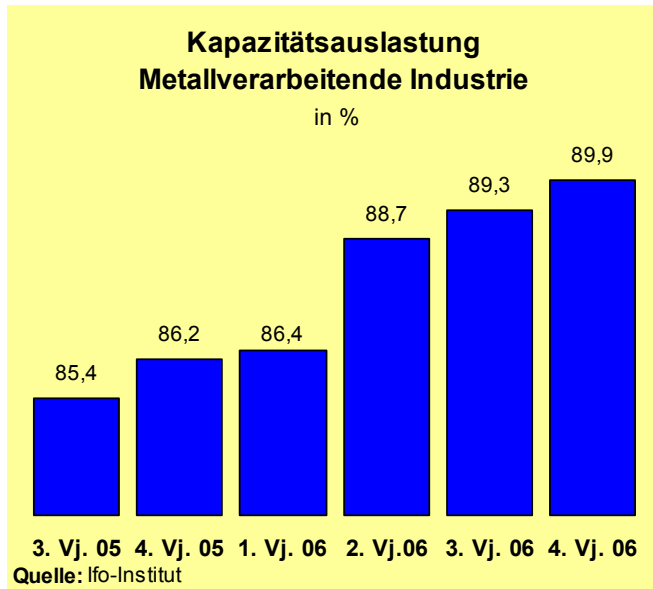
- Im letzten Jahr sind die Lohnstückkosten um über vier Prozent (-4,6 %) zurückgegangen.
- Damit liegen sie zehn Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000.

Selbst die Commerzbank weist in einer neuen Studie darauf hin, dass - im Gegensatz zu vielen anderen Ländern des Euroraums - gerade in der deutschen Metallindustrie die durchschnittlichen Lohnstückkosten kontinuierlich gefallen sind. Das hat die Wettbewerbsfähigkeit der Metallindustrie auf der Kostenseite enorm gestärkt.

Kapazitäten sehr gut ausgelastet

Positive Einflüsse auf die Kosten- und Ertragsituation der Metallunternehmen hat die steigende Kapazitäts-

auslastung. Volle Auftragsbücher stellen sicher, dass die Kapazitäten ausgelastet sind. Das führt zu einer höheren Produktivität. In den letzten Jahren dümpelte die Kapazitätsauslastung bei 85 Prozent, im vierten Quartal 2006 waren die Metallbetriebe zu fast 90 Prozent (89,9 %) ausgelastet, eine Spitzenauslastung!



In einigen Teilbranchen wie dem Maschinenbau kommt es regelrecht zu Kapazitätsengpässen, so dass Aufträge erst mit erheblicher Verzögerung abgearbeitet werden können.

Die steigende Kapazitätsauslastung macht neue Investitionen notwendig. Das stellt auch die Commerzbank-Studie fest. Viele Unternehmen investieren in Kapazitätserweiterungen. Für die nahe Zukunft ist mit einem weiterhin steigenden Auslastungsgrad zu rechnen. Das bringt für die Metallindustrie neue Wachstumsimpulse.

Verkaufspreise

Die Metallunternehmen haben 2006 sowohl die inländischen Verkaufspreise als auch die Ausführpreise angehoben. Die Inlandspreise stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent, die Ausführpreise um 1,5 Prozent. Die Preissteigerungen sind zum Teil auf gestiegene Einkaufspreise bei den Rohstoffen zurückzuführen, zu einem größeren Teil allerdings handelt es sich aber um ertragswirksame Preisanhebungen.

Vor dem Hintergrund steigender Nachfrage in den Metallbranchen und rückläufiger Rohstoffpreise - vor allem bei Energie - werden in Zukunft Preisanhebungen vor allem ertragswirksam werden. Die IG Metall rechnet für 2007 mit einem Anstieg der Verkaufspreise von bis zu zwei Prozent.

Investitionsentwicklung nur durchschnittlich

Nach Aussagen des Ifo-Instituts kann für das Jahr 2006 mit steigenden Investitionen um nominal sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden.

Die erwartete Investitionssumme von über 26 Milliarden Euro in diesem Jahr ist aber im Vergleich mit der Investitionstätigkeit der Metallindustrie zu Beginn des Jahrzehnts nur ein durchschnittlicher Wert. Insgesamt sind die Unternehmen bei Investitionen noch immer zu zurückhaltend.

Was die Investitionsmotive betrifft, setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. Zwar werden Investitionen immer auch aufgrund von Rationalisierungs- und Modernisierungsmotiven getätigt, doch investieren in jüngster Zeit immer mehr Unternehmen in die Erweiterung der Anlagen. Auch hierin drückt sich die insgesamt positive Zukunftserwartung der Unternehmen aus. Hingegen hat die Bedeutung von Rationalisierungsinvestitionen im Vergleich mit dem vorangegangenen Jahrzehnt deutlich abgenommen.

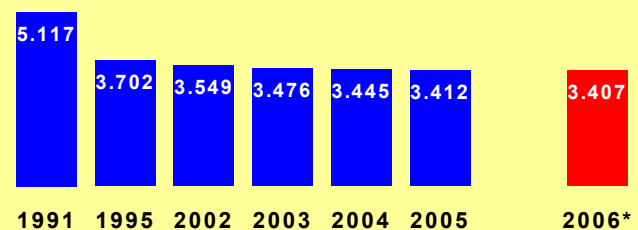
	Investitionsmotive der Metallunternehmen (alte Bundesländer)		
	Erweiterung	Rationalisierung	Ersatzbeschaffung
	Anteil der Betriebe in Prozent 1)		
2003	64	16	20
2004	68	15	17
2005 ²⁾	65	13	22
2006 ²⁾	67	14	19

Bemerkungen: 1) ... % der Unternehmen investierten in erster Linie aus folgendem Investitionsmotiv 2) vorläufig. Quelle: ifo

2.3 Beschäftigung und Produktivität

Beschäftigungsabbau in der Metallverarbeitung gestoppt?

- Beschäftigte in 1.000 im
Jahresdurchschnitt -



Quelle: Statistisches Bundesamt, *Wert hochgerechnet

Der Beschäftigungsabbau scheint fast gestoppt. Die IG Metall freut sich über diese Entwicklung und hofft auf einen Beschäftigungsaufbau. Im November 2006 waren 3,43 Millionen Beschäftigte in der Branche tätig. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist dies ein Anstieg von 16.000 Arbeitsplätzen beziehungsweise von 0,5 Prozent. Im Vergleich zum Jahresende 2005 waren im November dieses Jahres sogar 30.000 mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Branche beschäftigt.

Festzuhalten ist deshalb: ordentliche Tariferhöhungen, wie zum Beispiel im Jahr 2006 stehen einem Beschäftigungsaufbau keineswegs entgegen. Im Gegenteil: sie unterstützen ihn.

Ist nun der Beschäftigungsabbau in der Metallindustrie gestoppt? Zunächst muss der leichte Anstieg zusam-

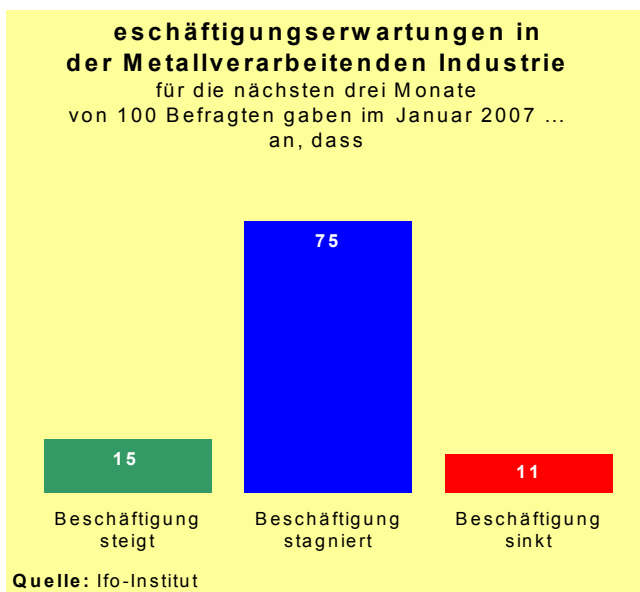
men mit dem jahrelangen Abbau von Arbeitsplätzen bewertet werden. Im Jahr 2000 arbeiteten noch 3,6 Millionen Beschäftigte in der Metallindustrie. In den letzten Jahren sind 150.000 Arbeitsplätze weggefallen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich der Beschäftigungsanstieg in den nächsten Monaten fortsetzen wird. Zwei Aspekte deuten an, dass die Metallunternehmen den wirtschaftlichen Erfolg der Branche nicht zum Aufbau von Beschäftigung nutzen wollen.

- Erstens hat sich der Anteil der Unternehmen erhöht, in denen Überstunden geleistet werden. Die Arbeitszeitkonten werden derzeit wieder stark aufgefüllt.
- Zweitens sind die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen selbst noch nicht positiv. Zwar wollen 15 Prozent der Metallbetriebe zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Jedoch planen 11 Prozent der Unternehmen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Drei Viertel der Unternehmen wollen ihr Beschäftigungsniveau konstant halten. Insgesamt also ein negativer Saldo, wie die nachfolgende Grafik veranschaulicht.

- die Metallproduktion um mindestens fünf Prozent steigen wird,
- die Pro-Kopf-Arbeitszeit wegen weniger Arbeitstagen, aber steigenden Überstunden stagniert, die Zahl der Metallbeschäftigten aber etwas über das bestehende Niveau steigt (+0,5%).

Daraus errechnet sich ein Zuwachs der Metallproduktivität um 4 ½ Prozent.



Produktivität steigt kräftig an

Die Produktivität in der Metallindustrie ist schon seit Jahren überdurchschnittlich. Das betrifft das Niveau, aber auch die Entwicklung. Im Jahr 2005 stieg die Metallproduktivität über fünf Prozent. In den ersten elf Monaten des Jahres 2006 sind es weitere 6,9 Prozent mehr.

Sowohl steigende Aufträge, die wachsende Kapazitätsauslastung als auch neue Investitionen in Ausrüstungen lassen darauf schließen, dass die Produktivität in den Metallunternehmen mit Tempo weiter wächst.

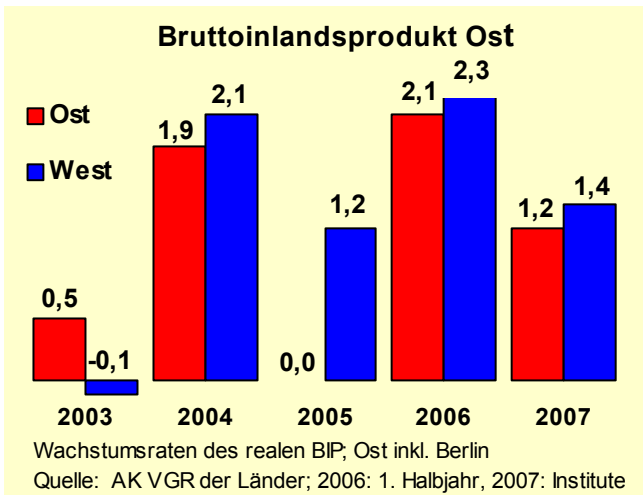
Die IG Metall rechnet für 2007 damit, dass

3. Sozialökonomische Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern

Ost: Wachstum und Beschäftigung

Das kräftige Wachstum in Europa und Westdeutschland zieht auch die ostdeutsche Wirtschaft mit. Im ersten Halbjahr 2006 legte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt bereits um zwei Prozent zu, fast gleichauf mit dem Westen (2,1 Prozent). Für das gesamte Jahr 2006 prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute in der Herbst-Gemeinschaftsdiagnose ein Wachstum von 2,1 Prozent im Osten und 2,3 Prozent im Westen.

Die restriktive Finanzpolitik der Bundesregierung und die Mehrwertsteuererhöhung schlagen auch im Osten eine empfindliche Kerbe. Die Prognosen der Institute für 2007 liegen für den Osten etwas geringer (+1,2 %) als für den Westen (+1,4%).



Dass die Wirtschaft in Ostdeutschland im Trend schwächer wächst als im Westen, erklärt sich aus mehreren Faktoren:

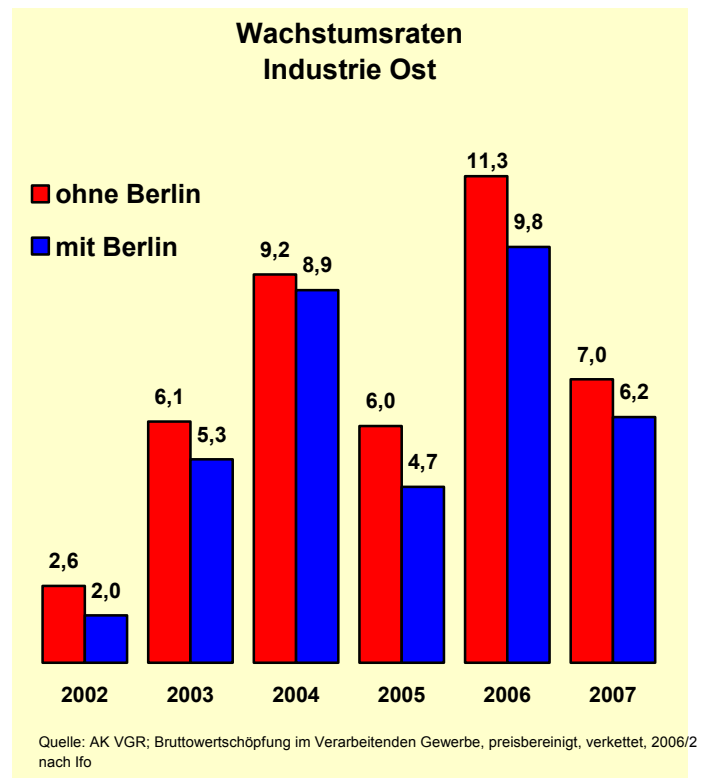
- Die ostdeutsche Wirtschaft ist stärker auf die Binnennachfrage - und dabei besonders auf die Konsumnachfrage - ausgerichtet. Die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe liegt mit 29 Prozent deutlich unter West-Niveau (44 %).
- Die Einkommen und entsprechend die Kaufkraft liegen ein Drittel unter westdeutschem Niveau.
- Der Osten verliert Einwohner, durch Abwanderung und durch niedrige Geburtenzahlen (Sterbeüberschuss). Die Einwohnerzahl sinkt um 0,7 Prozent im Jahr.
- Die Industrie trägt zu einem weitaus geringeren Teil zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei als im Westen. Zwar sind die Wachstumsraten hoch, sie setzen aber auf immer noch schmaler Basis auf.

Was die Beschäftigung betrifft, gibt es keine Entwarnung. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt seit Jahren bei 7,5 Millionen. Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland mit 1,5 Millionen Menschen (2006) weiterhin sehr hoch. Die Arbeitslosenquote liegt bei knapp 17 Prozent und ist nach wie vor doppelt so hoch wie im Westen. Hundert Arbeitslosen können die Arbeitsagenturen gerade einmal fünf offene Stellen anbieten. Für qualifizierte Bewerber sind die Aussichten in den alten Bundesländern etwas besser. Entsprechend hoch ist nach wie vor die Pendlerzahl.

Kleine Fortschritte sollen nicht verschwiegen werden: Gegenüber dem Vorjahr ist die Arbeitslosigkeit um fast 100.000 zurückgegangen. Dies ist etwa zu einem Drittel auf Beschäftigungsaufbau zurückzuführen, zum größeren Teil auf die stark gestiegene Zahl von „Ein-Euro-Jobs“.

Ostdeutsche Industrie

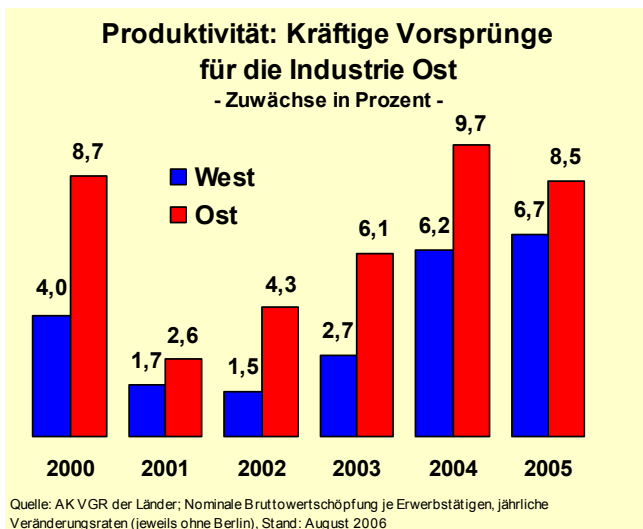
Das Wachstum der ostdeutschen Industrie lag im Jahr 2005 mit sechs Prozent doppelt so hoch wie im Westen (+ 2,8 Prozent). Im ersten Halbjahr 2006 stieg die industrielle Wertschöpfung um 11,3 Prozent (Berlin mitgerechnet: „nur“ 9,8 Prozent). Für 2007 wird ein kräftiges Wachstum um sechs Prozent erwartet.



Die Erwerbstätigkeit in der Industrie entwickelt sich allerdings schwächer als die Wertschöpfung. Entsprechend steigt die Produktivität. So stieg die Produktivität der ostdeutschen Industrie in 2005 um 8,5 Prozent. Das war ein kräftigerer Zuwachs als im Westen (6,7 Prozent).

Das Produktivitätsniveau der ostdeutschen Industrie liegt inzwischen bei 76,3 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Insgesamt betrachtet sind die ostdeutschen Betriebe sehr viel kleiner im Westen (83 Beschäftigte pro Betrieb, West: 137). Obwohl sich die Ost-Industrie bei der Produktivität immer mehr an das westdeutsche Niveau angenähert hat, ist zweifelhaft, ob sie es jemals erreichen wird. Dagegen spricht schon die Größenklassenstruktur der Unternehmen. Dennoch ist bemerkenswert: Alle vorliegenden Untersuchungen zeigen, dass vergleichbare Betriebe in Ost und West inzwischen auf einem gleichen Produktivitätsniveau arbeiten.

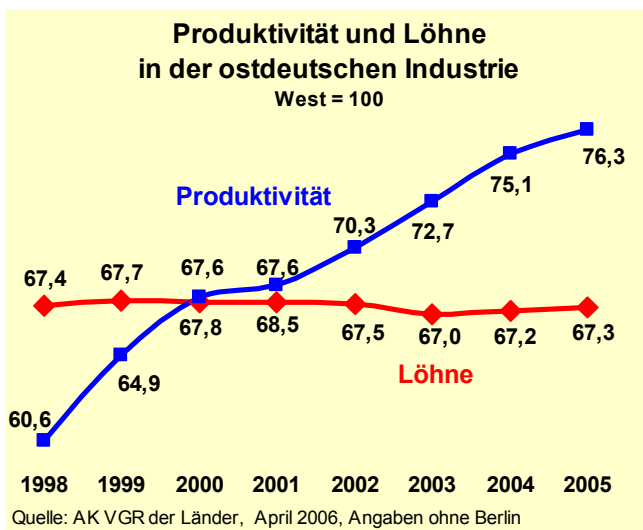
Löhne und Produktivität zusammengefasst ergeben die **Lohnstückkosten**. Sie geben Auskunft über den relativen Preis der Arbeitskraft. Die Lohnstückkosten in der ostdeutschen Industrie sind seit 2001 deutlich geringer als im Westen. Die kräftigeren Zuwachsraten der Produktivität bei ähnlichen Lohnzuwächsen sorgen dafür, dass die Lohnstückkosten stärker als im Westen sinken. Im Jahr 2005 lagen sie schon zwölf Prozentpunkte unter dem westdeutschen Niveau. In diesem Jahr wird der Abstand auf 14 Punkte anwachsen. Inzwischen bestreitet niemand mehr diesen erheblichen Kostenvorteil der ostdeutschen Industrie.



Metallverarbeitende Industrie

Die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie ist im ersten Halbjahr 2006 zweistellig gewachsen. Zwar liegen noch nicht alle Daten vor, doch allein 25 Prozent **Umsatzwachstum** in Sachsen und 21 Prozent in Thüringen sprechen eine sehr deutliche Sprache. Es zeigt sich aber auch, dass sich die regionale Differenzierung fortsetzt. Insgesamt spricht aber alles für ein besonders gutes Jahresergebnis der ostdeutschen Metallbetriebe, denn auch andere Bundesländer wie Berlin und Brandenburg melden kräftige Umsatzzuwächse. Insgesamt ist für 2006 mit einem Umsatzzuwachs von über zehn Prozent zu rechnen.

Die **Beschäftigung** wächst bei weitem nicht im selben Tempo, aber auch 2006 gibt es hier ein Plus - zum zehnten Mal in Folge. Einschließlich Gesamt-Berlin umfasst die ostdeutsche Metallbeschäftigung knapp 370.000 Personen. Seit 2000 sind knapp 30.000 Jobs hinzugekommen.



Die industriellen Löhne liegen nach wie vor bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus. Die Anpassungsdynamik ist seit zehn Jahren abgebrochen. Anders als bei der Produktivität ist der deutliche Abstand zum westdeutschen Niveau kaum strukturell zu erklären. Betriebsgröße und Branchenzusammensetzung beeinflussen durch übertarifliche Bezahlung auch die Lohnhöhe. Aber die Spreizung der Löhne innerhalb der Industrie ist längst nicht so ausgeprägt wie die Spreizung des Produktivitätsniveaus.

Metall - Eckdaten 2005	West	Ost
Betriebe (ab 20 Besch.)	18.391	4.196
Beschäftigte	3.044.393	367.262
Arbeitsstunden / Kopf	1.523	1.659
Lohn u. Gehalt / Stunde	27,68 €	18,32 €
Lohnquote am Umsatz	17,3 %	17,1 %
Umsatz (Mrd. Euro)	739,8	65,3
Exportquote	52,4 %	37,0 %

Wie sehen die Wachstumsperspektiven der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie aus? Die Investitionen steigen wieder und bleiben je Beschäftigten gerechnet deutlich höher als in den westdeutschen Betrieben. Das Ifo-Geschäftsklima liegt stabil auf höchstem Niveau, die Unternehmen haben sich noch nie so optimistisch geäußert wie in den letzten Monaten. Vorsichtiges Fazit für 2007: Ein Umsatzwachstum von fünf bis acht Prozent ist realistisch, die Beschäftigung wird wiederum um einige Tausend steigen.

4. Verteilungspolitische Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaft:

Gewinne steigen kräftig an

Die ungleichen Verteilungsverhältnisse in Deutschland haben sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Das zeigen die Verteilungsergebnisse von 2000 bis 2006.

- So ist die gesamtwirtschaftliche Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – seit dem Jahr 2000 um knapp sechs Prozentpunkte auf 66,2 Prozent gefallen.
- Umgekehrt ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen entsprechend gestiegen.

Das ist ein Stand, den wir zu Beginn der siebziger Jahre hatten. Dahinter steht, dass die Gewinne der Unternehmen deutlich kräftiger gewachsen sind als die Arbeitseinkommen.

- So stiegen die Bruttomonatslöhne seit 2000 nur um 6,2 Prozent.
- Die Gewinn- und Vermögenseinkommen legten mehr als sechs mal so schnell zu, nämlich um 37,5 Prozent.

Der starke Zuwachs bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen ist dabei nicht allein auf die Vermögenseinkommen zurückzuführen. Das zeigen die Ergebnisse zwischen 2000 und 2005:

- Die Gewinne der Personenernehmen sind um 13,9 Prozent angewachsen.
- Die Gewinne der Kapitalgesellschaften (ohne Banken und Versicherungen) stiegen um 42,8 Prozent.

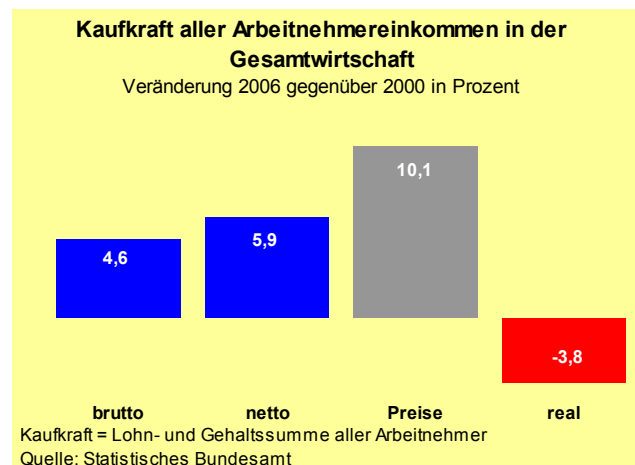
Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, also Zinsen, Mieten, Pachten, Ausschüttungen und entnommene Gewinne stiegen um 12,5 Prozent. Sie fließen zwar auch Arbeitnehmerhaushalten zu, überwiegend aber Haushalten von Selbständigen und Freiberuflern.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche ist Folge dieser Verteilungsfehlentwicklungen.

- Die Unternehmen haben ihre Ertragslage weitgehend zu Lasten der Beschäftigten verbessert. Aber statt im Inland zu investieren, führen viele Unternehmen ihre Finanzverbindlichkeiten zurück, schütten ihre Ergebnisse an die Shareholder aus oder beteiligen sich an globalen Finanz- oder Realanlagen. So lagen die gesamtwirtschaftlichen realen Bruttoinvestitionen 2006 um etwa fünf Prozent unterhalb des Niveaus des Jahres 2000. Dabei sind die Bauinvestitionen um 15 Prozent gesunken und die Ausrüstungsinvestitionen durch die starke Investitionsnachfrage 2006 um fünf Prozent gestiegen. Mit der anspringenden Konjunktur Mitte 2005 wurde wieder mehr investiert. Daran zeigt sich, dass eine Lohnzurückhaltung zwar zu steigenden Gewinnen führen

kann, nicht aber unmittelbar zu Investitionen führen. Dafür muss eine ausreichende Nachfrage da sein.

- Andererseits ist zu beobachten, dass die realen Konsumausgaben zwischen 2000 und 2006 fast überhaupt nicht gewachsen sind. Das ist ein unmittelbares Ergebnis der mäßigen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre. Obwohl durch die Steuerentlastungen die Nettolohnsumme (+5,9%) stärker anstieg als die Bruttolohnsumme (+4,6%), liegt die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen wegen der um 10,1 Prozent gestiegenen Preise um 3,8 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000.
- Ähnliches gilt für die Leistungen aus den Sozialversicherungen wie zum Beispiel für die Renten und das Arbeitslosengeld. Im Ergebnis sind die Masseneinkommen real leicht gesunken (-04%).
- Private Kaufkraft kam – wenn überhaupt – nur aus den Einkommen der Selbständigen und Vermögenden.
- Hinzu kommt: Die labile Arbeitsmarktlage und die mäßige Lohnentwicklung haben das Vertrauen der Verbraucher in die künftige Wirtschaftsentwicklung nachhaltig geschwächt. Das zeigt sich an der steigenden Sparquote der Privathaushalte. Der Sparanteil am verfügbaren Einkommen lag im Jahr 2006 bei 10,5 Prozent. Das sind 1,3 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2000 (9,2%).



Metallindustrie:

Ausgezeichnete Ertragslage

Aktuelle und umfassende Aussagen über die Verteilungsentwicklung in der Metallverarbeitenden Industrie werden immer schwieriger. Es gibt gute statistische Kennzahlen über die Lohn- und Gehaltsentwicklung, brauchbare über die Entwicklung der Lohnquote und der Lohnstückkosten. Aber es gibt kaum aktuelles Material zur Gewinnentwicklung der Metallunternehmen.

Fest steht allerdings: Die gute Auftrags- und Produktionslage in den Metallunternehmen wird von einer schwächeren Entwicklung der Lohnkosten begleitet.

Ein erster Anhaltspunkt dafür ergibt sich aus der Entwicklung der metallwirtschaftlichen Lohnquote, dem Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz.

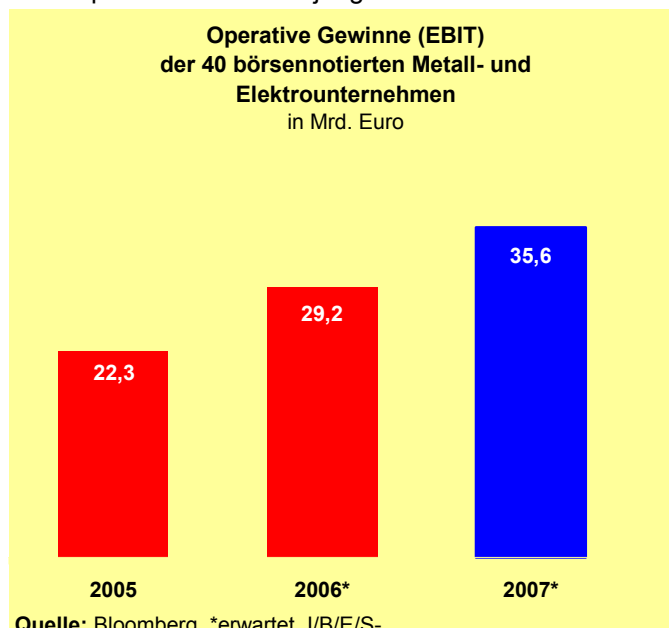
Verteilungsbilanz 2006					
Jahr	Produktivität je Std.	Preise	Verteilungsspielraum	Tarifierhöhung je Std.	Effektiv-erhöhung je Std.
Gesamtwirtschaft					
2004	0,7	1,6	2,3	1,2	0,4 (1,2) ^{*)}
2005	1,3	2,0	3,3	1,0	0,7 (1,3) ^{*)}
2006	1,8	1,8	3,6	0,9	0,8 (0,8)
Metallindustrie					
2004				3,1	-0,1 (0,7) ^{*)}
2005				2,6	1,4 (2,0) ^{*)}
2006				3,2	2,1 (2,1) ^{*)}

^{*)} in Klammern: kalenderbereinigt

Die Lohnquote ist auf dem Sinkflug. Im Jahr 2006 werden Löhne und Gehälter nur noch 16,4 Prozent des Umsatzes ausmachen (Stand November 2006). In 2005 lag die Lohnquote noch bei 17,4 Prozent, im Jahr 2000 bei 19,1 Prozent.

Sicherlich ist dies auch auf eine Verringerung der industriellen Fertigungstiefe zurückzuführen, der größte Teil aber auf den deutlich langsameren Lohn- als Produktionsanstieg. Dies drücken die Lohnstückkosten aus: Gemessen am Produktionsvolumen sind die Lohnaufwendungen seit dem Jahr 2000 um 10 Prozent (9,6%) gesunken, gegenüber dem letzten Jahr um 4,6 Prozent.

Dazu passen auch die jüngsten Erkenntnisse der IG



Metall aus der Bewertung der Ertragslage und -perspektiven der 40 beschäftigungsstärksten börsenno-

tierten Metallunternehmen. Danach sollen die operativen Gewinne, also ohne Erträge aus Beteiligungen, im Jahr 2006 um über 30 Prozent zulegen. Für das Jahr 2007 wird noch einmal mit einem Sprung von über 20 Prozent gerechnet. Anhand der Umsatz-, Gewinn- und Lohnkostenentwicklung der analysierten Unternehmen wird deutlich, dass die Ertragsteigerungen fast ausschließlich aus den nur „moderat“ wachsenden Personalkosten resultieren.

Tarif- und Effektivlohnentwicklung

Die einseitig auf die externe Wettbewerbsfähigkeit fixierte Propaganda der Unternehmensverbände - beispielsweise mit der von Gesamtmetall initiierten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ - trifft bei breiten Teilen der Öffentlichkeit zu Unrecht auf Zustimmung: „Vor allem die hohen Löhne in der Bundesrepublik Deutschland seien verantwortlich für die hohe Arbeitslosigkeit.“ Der Praxistest hat dieses Vorurteil widerlegt.

Mit den Metall-Tarifabschlüssen der letzten Jahre haben IG Metall und Gesamtmetall sowohl eine verteilungs- als auch eine wirtschaftspolitische Verantwortung gezeigt.

Die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie lagen in den letzten Jahren immer im Rahmen des gesamtwirtschaftlich vertretbaren Verteilungsspielraums. Der Anstieg der Effektivlöhne allerdings blieb hinter dem zurück, was für Unternehmen finanzierbar und volkswirtschaftlich sinnvoll gewesen wäre.

Die Lohndrift zwischen Tarifergebnis und tatsächlicher Stundenlohnentwicklung ist etwas geringer geworden. Im Jahr 2005 stiegen die Stundenlöhne in der Metall- und Elektroindustrie kalenderbereinigt um zwei Prozent, in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 – ebenfalls

Negative Lohndrift: Effektivlöhne wachsen langsamer als tariflich vereinbart

Die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter sind auch im Jahr 2006 etwas langsamer als die tarifvertraglichen (negative Lohndrift) gewachsen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Flucht der Unternehmen aus dem Flächentarifvertrag
- Abbau übertariflicher Leistungen
- Eingriff in bestehende tarifliche Leistungen
- Arbeitszeitverlängerung: mehr Arbeit für das gleiche Geld
- Zahlung von Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld

ken den durchschnittlichen Stundenlohn (zum Beispiel im Jahr 2004), weniger Arbeitstage (wie in 2006) hingegen erhöhen ihn.

kalenderbereinigt – um 2,1 Prozent. Effektiv liegen die Metallunternehmen damit unter dem gesamtwirtschaftlich notwendigen und metallwirtschaftlich finanzierbaren Möglichkeiten.

5. Tarifpolitische Schlussfolgerungen

Tarifpolitisches Umfeld

Die Tarifrunde 2007 findet in einem freundlicher werdenden Konjunkturklima statt. Der konjunkturelle Aufschwung wird derzeit besonders von der inländischen und ausländischen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern getrieben. Das begünstigt ganz besonders die Metallkonjunktur. Die Konsumschwäche allerdings ist noch nicht überwunden. Und auch die Staatsnachfrage lässt zu wünschen übrig. Mit der Mehrwertsteuererhöhung und mit Sparmaßnahmen dämpft die Bundesregierung den zyklischen Aufwärtstrend. Umso wichtiger wird sein, dass die Tarifpolitik sowohl die private Nachfrage unterstützt als auch einen Beitrag zur einer gerechten Verteilung des Volkseinkommens leistet.

Wie jedes Jahr bleibt der Ruf der wirtschaftsliberal ausgerichteten Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrats nach weiterer „Lohnmoderation“ als Hebel für Wachstum und Arbeitsplätze nicht aus. Eine solche Politik wird nicht zum gewünschten Erfolg führen. Das haben die vergangenen Jahre gezeigt.

Deshalb vertritt die IG Metall auch ein völlig anderes – nämlich offensives - wirtschaftspolitisches Konzept. Dabei spielt die Lohnpolitik eine wichtige Rolle. Aber allein mit der Lohnpolitik als offensives makroökonomisches Instrument lässt sich eine schwache Binnenkonjunktur nicht in Schwung bringen. Entscheidend ist, dass die makroökonomischen Instrumente (Lohn-, Fiskal-, Geldpolitik) optimal aufeinander abgestimmt werden.

Im europäischen Zusammenhang ist ein koordiniertes tarifpolitisches Vorgehen notwendig. Mit Blick auf die Europäische Währungsunion (Euro-Raum) sollte sichergestellt werden, dass nationale Tarifabschlüsse zumindest den kostenneutralen Verteilungsspielraum (Preiserhöhungen, Produktivitätszuwachs) ausschöpfen, um eine verstärkte Lohnkonkurrenz zwischen den Arbeitnehmern der Euro-Länder zu vermeiden.

„Beggar-by-neighbour-policy“ - das ist der Versuch, mit Lohnzurückhaltung gegenüber dem „Nachbarn“ - in diesem Fall dem Ausland - preisliche Wettbewerbsvorteile zu erzielen und damit ausländische Märkte zu erobern. Diese Politik hat das große Risiko, einen internationalen Unterbietungswettbewerb auszulösen. Am Ende nützt das niemanden. Allerdings ist genau das die Politik, die Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftsforschungsinstitute einfordern und die bisher keinen einzigen neuen Arbeitsplatz gebracht hat.

Finanzierungskonzept für tarifpolitische Forderungen

Die Tarifforderungen der IG Metall orientieren sich am Verteilungsspielraum aus Produktivitätsfortschritt in der Gesamtwirtschaft, der Inflationsrate und einer Umverteilungskomponente. Dabei berücksichtigt ein solches Finanzierungskonzept nicht allein Entgeltbestandteile,

sondern alle finanziell quantifizierbaren Tarifbestandteile.

Grundlagen für Tarifforderungen

20. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall 2003

Wirtschaftspolitik - EntschlieÙung 2, Nummer 4.2:

Hauptmaßstab für die Tarifpolitik der IG Metall sind und bleiben die Komponenten Produktivität, Preise und Umverteilung. Sie stehen zur Finanzierung von Entgelterhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und anderen verteilungswirksamen Elementen der Tarifpolitik zur Verfügung.

Tarifpolitik - EntschlieÙung 3, Nummer 4.2:

Die tarifpolitischen Forderungselemente: Ausgleich der Inflationsrate und der Produktivitätssteigerung sowie Umverteilungskomponente beziehen sich auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der gesamtgesellschaftlichen Verteilungssituation.

- Mit der Produktivitätskomponente sollen die Beschäftigten an gesamtwirtschaftlich entstandenen Wohlstandsgewinnen solidarisch und gerecht beteiligt werden. Auf diese Weise wird das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich beschränkt. Der soziale Frieden wird gesichert.
- Mit der Preiskomponente soll sichergestellt werden, dass die Kaufkraft der Bruttolöhne erhalten bleibt. Außerdem wird der Gefahr von Deflation vorgebaut.
- Mit der Umverteilungskomponente sollen Verteilungsdefizite korrigiert werden.

Gesamtwirtschaft:

verteilungsneutraler Verteilungsspielraum

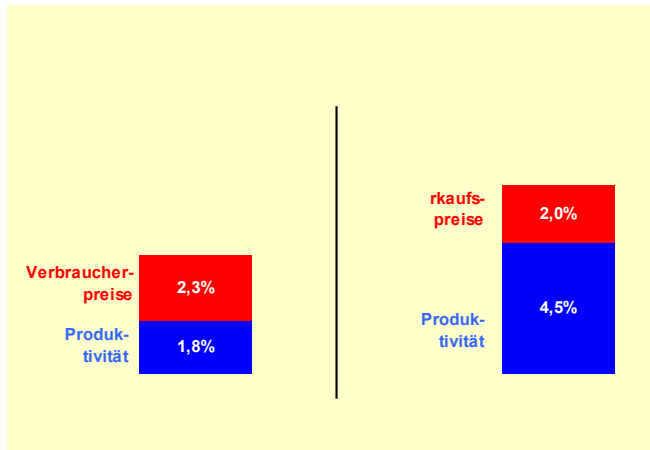
Der verteilungsneutrale Spielraum in der Gesamtwirtschaft liegt ohne den Ansatz einer Umverteilungskomponente im Jahr 2007 etwas über vier Prozent (4,1 %).

- Davon fallen – wegen der besonders in der Industrie anziehenden Konjunktur – auf die Produktivität 1,8 Prozent.
- Auf die Preiskomponente fallen wegen der Mehrwertsteuererhöhung 2,3 Prozent. Die inländischen preistreibenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 – soweit sie nicht schon in 2006 übergewälzt worden sind – werden dabei zum Teil von Preissenkungen in anderen Preissegmenten kompensiert.

Vor dem Hintergrund der schon heute absehbaren schwachen Lohnentwicklung in anderen Sektoren der Volkswirtschaft wird ein Lohnzuwachs von gut vier Prozent in der Metallverarbeitenden Industrie nicht ausreichen, sowohl den für die Binnenkonjunktur wichtigen privaten Verbrauch zu stützen als auch die verteilungspolitischen Ungleichgewichte zu kompensieren.

Metallindustrie: Finanzierungspotentiale für Tariferhöhungen

Aufgrund der ausgezeichneten konjunkturellen Dynamik und Ertragsentwicklung und damit Finanzierungsfähigkeit in der Metallindustrie wäre ein größerer Beitrag der Metallindustrie für die konjunkturelle Stabilisierung durchaus vertretbar, keineswegs konjunkturschädlich und auch finanzierbar.



Die IG Metall erwartet, dass die Metallproduktion kräftig (gut + 5 %) steigt und das Arbeitsvolumen (+0,5%) wegen einer schwach steigenden Beschäftigung und sinkender Pro-Kopf Arbeitszeiten (weniger Feiertage) stagniert, so dass die Metallproduktivität um circa 4 ½ Prozent zunehmen wird. Darüber hinaus werden die Unternehmen die Verkaufspreise bis zu zwei Prozent anheben. Insgesamt rechnet die IG Metall mit einem metallwirtschaftlich „kostenneutralen“ Finanzierungsspielraum von bis zu 6 ½ Prozent.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

01 / 2007

06 Februar 2007

Autoren:

Ulr

Kai

Ve

Ro

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

Wi

D-6

Telefon: +49 (69) 6693 2641

Fax: +49 (69) 6693 80 2641

Ma

online: www.igmetall.de/download